

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE UND GLEICHWERTIGE ARBEIT



1



“Das Ehrenamt bereichert Brandenburg und die Freiwilligen nicht zuletzt auch selbst. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Pfeiler einer offenen Zivilgesellschaft. Deshalb wollen wir das Engagement weiter stärken. Wir haben Ansprechstellen für Engagierte geschaffen und wollen diese Netzwerkstruktur im gesamten Land ausbauen. Zudem haben wir einen landesweiten Mobilitätzuschuss für Freiwillige eingeführt, um vielen dadurch „ihr“ Engagement zu erleichtern. Außerdem werden wir die Landesfinanzierung des Jugendfreiwilligendienstes erhöhen.“ S.47



“Für ihren Einsatz verdienen ehrenamtliche Rettungskräfte Dank und Anerkennung. Wir wollen ihren Einsatz mit Ehrungen und Auszeichnungen würdigen sowie den engagierten Männern und Frauen materielle Vergünstigungen zukommen lassen, beispielsweise ein kostenfreies Mobilitätsticket. Bei der Ehrenamtsprämie soll zukünftig die Zeit in der Jugendfeuerwehr und allen einsatzbezogenen Tätigkeitsbereichen in den Hilfsorganisationen berücksichtigt werden.“ S.32



“Ehrenamtliches Engagement erleichtern
Nachdem wir 2018 einen Mobilitätzuschuss für Ehrenamtler*innen eingeführt und die Voraussetzungen für die ersten kreislichen Ehrenamts- Stützpunkte geschaffen haben, wollen wir in den nächsten Jahren die Förderbedingungen für das Ehrenamt noch effektiver und unbürokratischer gestalten. Die Förderung von Vereinsstrukturen ist eine Daueraufgabe, es ist nicht sinnvoll, sie von Jahr zu Jahr über wechselnde Projekte abzudecken. Wir möchten den geförderten Vereinen längerfristige Sicherheit geben und dabei Anreize für effektives und wirtschaftliches Agieren schaffen.
Wir setzen uns für eine zügige Reform der Abgabenordnung des Bundes ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs zu Attac weitere Vereine aus dem linken und liberalen Spektrum den Status der Gemeinnützigkeit verlieren. Unser Gemeinwesen braucht nicht weniger, sondern mehr zivilgesellschaftliches Engagement. Ohne die Vorzüge des Abgabenrechts aber sind die Möglichkeiten von Vereinen und Verbänden erheblich eingeschränkt, einigen droht gar die Auflösung.
Der Anwendungsbereich der Ehrenamtskarten muss erweitert werden. Wir wenden uns dagegen, dass die Ehrenamtsförderung auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet wird. Gerade sozial Benachteiligte müssen darin bestärkt werden, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen und das Gemeinwesen zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Ehrenamtliche die notwendige Weiter- und Fortbildung bekommen.“ S.78f.



„Zur Steigerung der Mitwirkung in Hilfsorganisationen, die bei Natur- und Katastrophenfällen herangezogen werden, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die freiwilligen Dienste, wie zum Beispiel beim Deutschen Roten Kreuz, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und unseren freiwilligen Feuerwehren über zusätzliche Rentenpunkte vergütet werden. Alternativ werden wir uns für ein landeseigenes Zusatzversorgungssystem einsetzen. Die freiwilligen Helfer sollen dabei selbst entscheiden können, ob sie Rentenpunkte oder Zeitgutschriften erwerben. So soll jedes aktive Dienstjahr zum Erwerb eines zusätzlichen Monats Rentenanspruch führen. Der Dienst, den Freiwillige in diesen Organisationen leisten, ist unentgeltlich und bietet keinerlei finanzielle Abgeltung. Die Folge sind Nachwuchsprobleme, insbesondere seit dem Wegfall der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Ersatzdienst.“ S.16



2



„Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem, welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteilwerden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen. Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis Sozialversicherungssysteme angepasst sind.“ S.81

„Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler*innen profitieren, attraktiver und bekannter machen sowie den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die Dienste der Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer Fortbildung aufkommen müssen. Auf einen Großteil der Angebote der Ehrenamtskarte kann man derzeit nur in Berlin und im berlinnahen Raum zugreifen. Von Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr würden daher Ehrenamtler*innen in ländlichen Regionen besonders stark profitieren.“ S.84

„Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.“ S.85



“Der Stellenwert ehrenamtlichen Engagements muss daher landesweit höher eingestuft werden als bisher. Der Bürger soll motiviert und engagiert an Projekte und damit verbundene Probleme herangehen und Alternativen suchen. Gerade auch Senioren und Vorrühständler und deren Erfahrungen sollen wirksam genutzt werden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.” S.2

“Obwohl dieses Engagement fortwährend gelobt wird, verschlechtern sich die Bedingungen ehrenamtlicher Arbeit immer mehr. Wir fordern die ausreichende Ausstattung und Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen, da durch ihre Arbeit ein hoher Mehrwert in Brandenburg geschaffen wird, ohne deren Einsatz viel höhere Kosten für Land und Kommunen entstehen würden. Evtl. gezahlte Aufwandsentschädigungen dürfen nicht mehr auf Hartz IV und Renten sowie als Einkommen durch das Finanzamt angerechnet werden.

Der Erhalt und der Ausbau von Freiwilligenagenturen, der Vereine und Verbände vor Ort und die finanzielle Ausstattung, die mit Haushaltsmitteln von Land und Kommunen gesichert werden muss, sind daher unbedingt erforderlich, anstatt Regierungsbeauftragte für das Ehrenamt zu ernennen. Nur durch eingespielte Strukturen vor Ort können erfahrene Persönlichkeiten ihr Wissen und ihre Erfahrungen an den Nachwuchs weitergeben.“ S.2

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE UND GLEICHWERTIGE ARBEIT



„Wir werden eine Initiative zur besseren steuerlichen Berücksichtigung des Ehrenamts starten. Für Ehrenamtliche, die z.B. Transferleistungen zum Lebensunterhalt erhalten, sind adäquate Unterstützungen zu prüfen.“ S.41